

PM: Ministerium will sich dem Thema studentischen Wohnens nicht annehmen



Nach einer Parlamentarischen Anfrage durch die Abgeordneten Eva Viehoff, Christian Meyer, Stefan Wenzel und Imke Byl (GRÜNE) macht das Ministerium für Wissenschaft und Kultur unter Minister Björn Thümler deutlich, dass es zwar um das Problem studentischen Wohnraums wisse, jedoch kein Interesse daran hat, sich dessen anzunehmen. Vielmehr betont das Ministerium sein Vertrauen in die Privatwirtschaft.

Bezahlbarer Wohnraum ist in Deutschlands Städten ein schwieriges Thema, vor allem Studierende mit nur einem geringen oder ohne festem Einkommen, stellt die Suche nach einer Wohnung oder einem Zimmer häufig vor große Herausforderungen. *"Besonders wenn im Oktober die neuen Studierenden an die Universitäten kommen, sehen diese sich oft damit konfrontiert, keine Wohnung zu finden. Seit Jahren versucht der AStA hier die ersten Tage und Wochen etwas abzufangen, indem über die Schlafplatzbörse übergangsweise private Schlafplätze vermittelt werden. Anders könnten Studierende von weiter her kaum eine Wohnung finden oder wären durch langes Pendeln stark in ihrem Studium eingeschränkt",* so Tjard Bornefeld, AStA Referent. *"Die Studierendenzahlen nehmen stetig zu, die Studienbedingungen werden jedoch nicht daran angepasst und so ist für uns neben einem ausreichenden Seminarangebot oder besserer Betreuung durch Lehrende natürlich auch bezahlbarer Wohnraum ein wichtiges Thema."*

Bei einem Treffen des Ministeriums mit Vertreter*innen der Allgemeinen Studierendenausschüsse der niedersächsischen Universitäten im Sommer hatte Minister Thümler neben Wohnheimen im Umland wie beispielsweise in Wunstorf auch vorgeschlagen, die Studierendenvertretungen könnten Wohnungsbaugenossenschaften gründen, um so bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

"Selbstverwaltete Wohnheime könnten für uns viele Möglichkeiten bieten, Räume für Studierende nutzbar zu machen. Wir kennen die Bedürfnisse der Studierenden an der Uni und stehen in engem Austausch mit Fachschaften und Gruppen an der Hochschule. So könnten neben bezahlbaren Wohnräumen in Uninähe auch dringend benötigte Lernräume geschaffen werden," so Katrin Kogel, eine der Sachbearbeiter*innen des AStA der Uni Hannover.

Doch die Studierenden wollten es genau wissen und ließen durch die hochschulpolitische Sprecherin der Grünen, Eva Viehoff, bei der Landesregierung nachfragen. Die Antwort des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gleicht einer Farce. Sie offenbart, dass die Landesregierung nicht an einer Lösung des Problems interessiert ist. Das Ministerium stellt in seiner Antwort vielmehr klar, der Minister habe die Studierenden nur dazu anregen wollen, darüber nachzudenken, dies anscheinend jedoch nicht als Vorschlag zur Umsetzung gesehen, da die Rechtsgrundlage dies eindeutig nicht zulasse. *"Wir empfinden es als eine Frechheit, wenn so mit uns gespielt wird. Es handelt sich um ein wichtiges Thema für die Studierenden und uns aufzufordern über Dinge nachzudenken, die sowieso nicht möglich sind, bringt uns der Lösung keinen Schritt näher",* so Tjard

Bornefeld vom AStA der LUH. *„Die Antworten des Ministeriums zeigen, dass Handlungsbedarf besteht“*, stellt Eva Viehoff, MdL, fest. *„Und obwohl bekannt ist, dass die Ressourcen der Studierendenwerke nicht ausreichen, werden die zusätzlichen, von rot-grün eingestellten Mittel für studentisches Wohnen im Haushaltsplan 2019 gestrichen“*, kritisiert Viehoff scharf.

Bereits im Gespräch mit den Studierendenvertreter*innen äußerte sich Minister Thümler dahingegen, dass sich Studierende die guten Studienbedingungen in Niedersachsen eben auch leisten wollen müssten; diese Einstellung bestätigt sich auch in der hier vorliegenden schriftlichen Antwort, wenn auf die Möglichkeiten der individuellen Personen eingegangen wird, sich in den Wohnungsmarkt einzubringen. Tjard Bornefeld sieht hierin eine Gefahr: *„Bildung und das Leben in der Stadt wird zu einem exklusiven Gut, das man sich leisten können muss. Studierende ohne reiche Eltern haben zunehmend mit Schwierigkeiten zu kämpfen, ihre Ausbildung zu finanzieren, da die Mietpreise und Lebenshaltungskosten steigen, Bafög und andere Förderungsmaßnahmen jedoch nicht ausreichend daran angepasst werden.“*

Daher steht die Landesregierung in der Pflicht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und sich der Problematik anzunehmen.

Für Rückfragen steht Ihnen unser Referent für Hochschulpolitische Vernetzung, Tjard Bornefeld telefonisch unter 0511 762 5061, oder per Mail unter hopo@asta-hannover.de zur Verfügung.